

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 2/25. Jg.

Mitteilungsblatt

Oktober 2019

Zu dieser Ausgabe:

Diese Ausgabe der *Geschichtskorrespondenz* ist dem 70. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten nichtkapitalistischen, den Weg zum Sozialismus beschreitenden deutschen Staates, der realen staatlichen Alternative zum Imperialismus, Militarismus und Faschismus in Deutschland gewidmet. Sie enthält den Vortrag von Prof. Dr. Günter Benser "Zwei deutsche Staaten im 20. Jahrhundert" auf der Veranstaltung des Arbeitskreises am 12. September d.J.

Ferner verweisen wir auf unsere letzte Veranstaltung in diesem Jahr "1989 – Niedergang und Lehren", mit Dr. Hans Modrow, am Donnerstag, dem 14. November d.J.

Die nächste Nummer der *Geschichtskorrespondenz* erscheint im November d.J.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Günter Benser	
Zwei deutsche Staaten im 20. Jahrhundert	S. 3
Veranstaltungen des Arbeitskreises am 14. November 2019	S. 15

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/ Interessenten des Arbeitskreises per e-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Günter Benser

Zwei deutsche Staaten im 20. Jahrhundert¹

Ein derart weitgefasstes Thema lässt sich nur in grundsätzlichen Aspekten behandeln, auf einer Stufe der Verallgemeinerung, auf der es nicht ohne Vergrößerungen abgeht und Vieles eigentlich weiter ausdifferenziert werden müsste. Aber zu Zeiten, in denen die offizielle Politik rechtfertigende und stützende historische Erzählungen grassieren, erscheint das Besinnen auf generelle geschichtliche Zusammenhänge, Motivationen und Resultate unerlässlich.

Die Jahresberichte zum Stand der deutschen Einheit sehen sich zunehmend veranlasst, „gegenseitiges Verständnis der verschiedenen Lebenswege der Menschen im vereinten Deutschland“, „Anerkennung der Lebensleistung und ... Respekt vor den Brüchen in der Biografie vieler Menschen in Ostdeutschland“ anzumahnen.² Genau genommen handelt es sich um das verschlüsselte Eingeständnis verlorener Chancen und offenkundiger Fehlentwicklungen im Zuge des Anschlusses ostdeutscher Länder an die Bundesrepublik.³ Das hängt damit zusammen, dass der öffentliche Diskurs zur deutschen Geschichte nach 1945 einen prinzipiellen Konstruktionsmangel aufweist: Die Geschichte der Bundesrepublik wird von ihren Anfängen her erzählt, die der DDR dagegen von ihrem Ende her.⁴

Weder die Geschichte der DDR noch die der BRD lassen sich aus sich selbst heraus, ohne ihre Wechselbeziehungen und internationalen Verflechtungen, ohne ihre Verwurzelung in den langfristigen Prozessen deutscher Geschichte erklären. In den Medien und den Statements tonangebender Politiker und anderer Meinungsmacher dominieren aber regelmäßig vorverurteilende Erzählungen von Geschehnissen, deren Interpretation vor allem mit ständig wiederholten subjektiven Äußerungen von Zeitzeugen belegt wird. Jahrestage bieten hierfür willkommene Anlässe. Und so hangelt sich die DDR-Erzählung entlang der Ereigniskette „Zwangsvereinigung“, „Berlinblockade“, „Arbeiteraufstand 17. Juni 1953“, „Mauerbau“ und „Mauerfall“.

Nicht, dass dies keine herausragenden Begebenheiten deutscher Nachkriegsgeschichte wären, aber lassen sich so Ursachen und Folgen deutscher Zweistaatlichkeit hinreichend erklären? Sind auf diese Weise die Resultate, die Leistungen und Fehlleistungen beider deutscher Staaten, die fast ein halbes Jahrhundert nebeneinander existierten und mit einander konkurrierten, erfassbar? Da stellen sich doch noch ganz andere Fragen: Wie war es um den Einsatz beider deutschen Staaten für die Schaffung einer friedlichen, auf Koexistenz ausgerichteten Nachkriegsordnung bestellt? Wie verhielten sie sich zu den antikolonialen und nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt? Welche Rolle spielten sie bei der Abrechnung mit dem Faschismus, welcher Staat sah sich den Traditionen des antifaschistischen Kampfes verpflichtet? Wo erwuchs Reichtum aus Ausbeutung und aus Profiten und wo war die eigene Arbeit die Hauptquelle des persönlichen Einkommens? Wo dominierten nach wie vor die alten belasteten Eliten, und wo fand in neuen Größenordnungen ein Aufstieg der unterprivilegierten Schichten statt? Hier tun sich Felder sinnvoller Vergleiche auf, die in diesem Exkurs nicht alle beackert werden können.

Nicht nur die BRD, auch die DDR hat ihr Spur in der Geschichte gezogen, und sie ist in vielen Bereichen noch immer präsent: Im öffentlichen Raum in Zeugnissen der Architektur und der

¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 12. September 2019 im Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei Die Linke gehalten wurde.

² Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018, S. 14.

³ Siehe Günter Benser: Die verlorenen Chancen von Wende und Anschluss. Es bleibt eine offene Wunde oder Warum tickt der Osten anders?, Berlin 2018.

⁴ Siehe Jürgen Hofmann: Die Doppelbiographie der Bundesrepublik Deutschland. Anmerkungen zum Nachhall der deutschen Zweistaatlichkeit. In Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 119, September 2019, S. 94.

bildenden Kunst wie auch in deren vereinigungsbedingten Ruinen und Kahlschlägen, in Denkmälern und Straßennamen; in vielen ostdeutschen Wohnungen, ihrem Mobiliar und ihren Gebrauchsgegenständen, deren Privatbibliotheken und Fotosammlungen; in den Mentalitäten und Verhaltensweisen der Menschen und das generationsübergreifend; in der individuellen und kollektiven Erinnerungskultur. Der Geschichtsdiskurs findet indes nur partiell statt, denn die mit Geschichte und Kultur befassten Wissenschaftler mit DDR-Provenienz wurden in eine Nische verbannt, deren Isolierung nicht leicht zu durchbrechen ist.

Das sind einige Gründe, weshalb eine tragfähige historische Sicht, wie auch das Zusammenleben der Deutschen (und der Zugewanderten) ein grundsätzlicheres, tiefer in die Geschichte zurückgreifendes Herangehen verlangen. Denn im staatlich wiedervereinigten Deutschland trafen zwei der Vergangenheit entwachsene Stränge deutscher Geschichte aufeinander. Sie wirken bis heute nach und machen somit die historische Substanz der gegenwärtigen Bundesrepublik aus, unabhängig davon, wie sie im Einzelnen bewertet und gewichtet werden. Die Bundesrepublik Deutschland des 21. Jahrhunderts hat also eine Doppelbiographie, die aber im vorherrschenden Meinungsbild noch nicht angenommen worden ist. Hier erscheint die Geschichte der DDR noch immer überwiegend als negative Kontrastfolie, auf der das lichte Bild der BRD umso heller hervortritt.

Ein kontrastierender Umgang mit Geschichte zeigte sich schon bei der Gründung der beiden deutschen Staaten. Symptomatisch hierfür waren die ersten Regierungserklärungen. Bundeskanzler Adenauer, der die unrühmliche jüngste Vergangenheit möglichst rasch hinter sich lassen wollte, gab eine völlig geschichtslose Erklärung ab. Die Frage nach dem Platz des eben gegründeten Weststaates in der deutschen Geschichte wurde von ihm nicht thematisiert, obwohl er in anderen Zusammenhängen durchaus historisch argumentierte.⁵ Ministerpräsident Grotewohl dagegen verortete in seiner Regierungserklärung die Deutsche Demokratische Republik in der deutschen Vergangenheit, griff vor allem auf die Lehren des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution zurück und deutete die Staatsgründung als Antwort auf Irrwege deutscher Geschichte.⁶

Eine tiefer lotende Geschichtsbetrachtung sollte in Betracht ziehen, dass das deutsche Volk in seiner tausendjährigen Geschichte am Ende des Zweiten Weltkrieges nicht einmal ein Jahrhundert in einem deutschen Einheitsstaat gelebt hatte. Nachdem die um Einheit und Freiheit kämpfenden deutschen Revolutionäre von 1848/1849 eine Niederlage hinnehmen mussten, setzte Bismarck eine Reichsgründung auf dem Wege dreier dynastischer Kriege als „Revolution von oben“ durch. Das so unter preußischer Führung und Hegemonie entstandene deutsche Kaiserreich existierte knapp ein halbes Jahrhundert, die auf den Sturz der Monarchie folgende Weimarer Republik eineinhalb Jahrzehnt, Hitlers Großdeutsches Reich ein Dutzend Jahre. Die deutsche Zweistaatlichkeit währte vier Jahrzehnte. Keiner dieser deutschen Staaten darf als „Fußnote der Geschichte“ abgetan werden.

Die deutsche Kleinstaaterei lässt sich wahrlich nicht als Idealzustand beschreiben. Doch auch zu ihren Zeiten wurden in deutschen Landen bedeutende Leistungen auf dem Felde von Wissenschaft und Technik, Bildung, Architektur, Literatur, Musik, Malerei, bildende Kunst erbracht. Ausgebremst war hingegen der Vormarsch der kapitalistischen Produktionsweise, die Herausbildung einer Nationalökonomie mit entsprechender Infrastruktur, eine deutsche Wirtschaftsinteressen nach außen vertretende Zentralmacht, die einen anderen Großmächten vergleichbaren Einfluss auf die Aufteilung der Welt zu nehmen vermochte. Einheit – gemeint als staatliche Einheit auf Basis einer nationalen Volkswirtschaft und eines nationalstaatlichen Marktes, verbunden mit dem kulturellen und politischen Zusammenwachsen der Deutschen – entsprach der Logik der historischen Entwicklung und war die günstigste Variante für die Entfaltung des Kapitalismus auf deutschem Boden. Sie beschleunigte auch die Entfaltung der

⁵ Siehe Konrad Adenauer: Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Hrsg. v. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 153-169. Siehe auch Günter Benser: Ulbricht vs. Adenauer. Zwei Staatsmänner im Vergleich, Berlin 2015.

⁶ Siehe Otto Grotewohl: Im Kampf um die einzige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945 – 1953. Band I: 1945 – 1949, Berlin 1954, S. 513-515.

Arbeiterbewegung in nationalem Maßstab.

Insofern entsprach der Drang zu nationaler Einheit sowohl Interessen der aufstrebenden Bourgeoisie als auch der sich formierenden Arbeiterklasse und weiter Teile der Mittelschichten. Aber der Einheitsstaat sollte nicht zum Fetisch gemacht werden. Er litt frühzeitig unter nationalistischer Übersteigerung. „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“, Kampf um den „Platz an der Sonne“, „Blut und Boden“, „Lebensraum“, „völkische und rassische Überlegenheit“ in solchen und anderen Devisen fanden expansionistische Ambitionen ihren populistischen Ausdruck.

Generell handelt es sich bei Teilungen, Sezessionen, Zusammenschlüssen von staatlichen Gebilden um komplizierte, vielschichtige historische Prozesse. Das Ringen um nationale Einheit ist nie frei von Klassenwidersprüchen und Klasseninteressen. Die Verwirklichung nationaler Einheit der Deutschen war begleitet von Aggressionen und Expansionen, Militarisierung, Deutschtümelei, Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus, Verkleisterung sozialer Gegensätze, Personenkult und anderen Gebrechen, die sich nicht negieren lassen. Mit ihrer Betonung des sozialen Gehaltes der nationalen Frage war die DDR-Historiografie grundsätzlich im Recht.

So lassen sich die zum Anschluss der DDR an die Bundesrepublik führenden Vorgänge der Jahre 1989/1990 nicht ohne einen Rückgriff auf die historischen Trends des verflornten Jahrhunderts verstehen. Nach der Reichsgründung, dem Sturz der Monarchie und der Errichtung einer deutschen Republik mit einer in Manchem kritikwürdigen, aber im internationalen Vergleich zu den besseren gehörenden Verfassung war der deutsche Einheitsstaat eigentlich eine von inneren und äußeren Kräften akzeptierte Institution. Deren Zerbrechen oder Zerstörung schien kaum vorstellbar. Der Versailler Vertrag hatte das deutsche Territorium zwar beschnitten, aber die Existenz eines souveränen einheitlichen deutschen Staates war von keiner Seite ernstlich infrage gestellt worden. Die Gefährdungen deutscher Einheit kamen von innen, sie erwuchsen aus der von den deutschen Faschisten betriebenen verbrecherischen Kriegs- und Ausrottungspolitik.⁷

Es war mithin legitim, dass die alliierten Siegermächte über eine Teilung Deutschlands nachdachten. Es gehörte zu den gemeinsamen Kriegszielen der Antihitlerkoalition, einen zu Revanche und zu Aggression fähigen machtvollen Staat im Zentrum Europas nie wieder zuzulassen. Die Aufteilung des besiegten deutschen Staates schien dazu ein naheliegender probates Mittel zu sein. Die Deutschen konnten dies nur abwenden oder in seinen Folgen mildern, wenn sie durch den Sturz Hitlers einen eigenen international anerkannten Beitrag zur Herbeiführung des Friedens leisteten. Da dies trotz der aufopfernden Anstrengungen der deutschen Widerstandsbewegung nicht gelang, stand bereits vor der bedingungslosen Kapitulation fest, dass es ein verkleinertes, besetztes Deutschland geben wird, in dem die Alliierten die Regierungsgewalt in ihre eigenen Hände nehmen würden, in gemeinsamer Verantwortung für das ganze Restdeutschland und jeder mit einem hohen Grad an Selbständigkeit für seine Besatzungszone.

Es war zunächst eine offene Frage, ob sich das Besatzungsregime als Übergangslösung bis zu einem Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungsmächte erweist, oder ob es sich verstetigt und dem Aufbau einer einheitlichen demokratischen deutschen Republik auf Grundlage der auf der Potsdamer Konferenz gegebenen Zusicherungen entgegenwirkt und diesen verhindert. Jedenfalls existierte kein Automatismus, der unausweichlich zur Zweistaatlichkeit führen musste.

Nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus eröffneten sich auf der internationalen Ebene zwei Wege der Nachkriegsentwicklung: Fortführung der Kooperation der Antihitlerkoalition oder Rückkehr zu der Konfrontation zwischen Westmächten und Sowjetunion der Vorkriegszeit.⁸ Die Chancen der ersten Variante werden heute meist verneint oder kleingeredet. Doch es sprach so manches für eine solche Entwicklung: Die Siegermächte einigten sich auf die Strukturen und

⁷ Siehe Günter Benser: Der Untergang des Deutschen Reiches. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1989/5.

⁸ Siehe Rolf Badstübner: Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999.

Kompetenzen der Organisation der Vereinten Nationen. Sie installierten einen Rat der Außenminister als Gremium diplomatischer Klärungen und des Interessenausgleichs. Sie vermochten es, Friedensverträge mit den Verbündeten Deutschlands zu vereinbaren und abzuschließen. Sie legten sich auf die im Potsdamer Abkommen formulierten Prinzipien der Behandlung Deutschlands fest. Die gemeinsame Ausübung der obersten Gewalt über Deutschland funktionierte trotz mancher Reibungen anfangs durchaus. Der Alliierte Kontrollrat erließ bis Ende November 1946 drei Proklamationen, 43 Gesetze und 40 Direktiven.⁹ Von November 1945 bis Oktober 1946 tagte in Nürnberg der Internationale Militärgerichtshof und fällte seine Urteile über die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Die politische Lager übergreifenden internationalen Organisationen – der Weltgewerkschaftsbund, die Internationale Demokratische Frauenföderation, der Weltbund der Demokratischen Jugend und der Internationale Studentenbund – funktionierten in den ersten Jahre trotz politischer Meinungsverschiedenheiten.

Es war zunächst nicht in erster Linie die deutsche Frage, in der Differenzen zwischen den Alliierten hervortraten. Gravierender waren andere Konfliktlinien: Die polnische Frage, bei der es wesentlich darum ging, ob die in Großbritannien wirkende polnischen Exilregierung oder die aus dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung hervorgegangene kommunistisch geführte Provisorische Regierung der Republik Polen als die rechtmäßige Vertretung anerkannt werden sollte, oder die Haltungen zu den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen um die künftige Gestaltung Griechenlands. Die Zerwürfnisse in Bezug auf Deutschland offenbarten sich zuerst vor allem in der Reparationsfrage, als die USA die Befriedigung sowjetischer Wiedergutmachungsansprüche aus ihrer Zone verhinderten.

Werfen wir einen Blick auf die deutschen politischen Kräfte, so überwog jene Auffassungen, welche die Zoneneinteilung überwiegend als eine vorübergehende Erscheinung betrachteten. Das galt für die Bestrebungen einer demokratischen Umgestaltung Deutschlands von unten wie von oben.

In den Antifaschistischen Ausschüssen galt der Neuaufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands als einheitliche Republik mehr oder weniger als selbstverständlich. Im Unterschied zu 1918/1919 vermochte sich der basisdemokratische Neuansatz allerdings nur auf lokaler, höchstens regionaler Ebene zu organisieren. Wenn die überwiegend aus der Arbeiterbewegung kommenden Akteure sich auf die unmittelbaren Aufgaben – Liquidierung der Überreste des Faschismus, Sicherung des Überlebens der Bevölkerung, Aufbau antifaschistisch-demokratischer Strukturen von unten her – konzentrierten, so waren in diesen Kreisen – ausgesprochen oder unausgesprochen – zugleich kommunistische oder sozialdemokratische Visionen einer Zukunftsgesellschaft lebendig.

Auch die Politiker der sich neuformierenden Parteien entwickelten ihre Konzepte überwiegend orientiert am Aufbau einer demokratischen deutschen Republik. Es bestand zunächst weitgehend Konsens, dass das Deutsche Reich selbstverschuldet untergegangen sei. Erst später erhob die Bundesrepublik Anspruch darauf, Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches zu sein. Wenn es eine Partei gab, die sich am konsequentesten am Fortbestand zwar nicht des Reiches, aber der in ihm verkörperten nationalen Einheit mit Berlin als Hauptstadt festhielt, so war dies die KPD. Sie demonstrierte dies auch in ihren Parteistrukturen und -aktivitäten¹⁰, selbst um den Preis einer verspäteten organisatorischen Verselbständigung der Partei im Westen.

Trotz der generellen Orientierung der Parteien auf einen mehr oder weniger föderal strukturierten einheitlichen deutschen Staat, traten frühzeitig auch zentrifugale Tendenzen in Erscheinung. Hier wirkten nachvollziehbare Aversionen gegen die mit der Reichsgründung verbundenen Verpreußung Deutschlands.¹¹ Verbreitet war im Westen und Süden eine Distanz zur Hauptstadt

⁹ Siehe Rolf Badstübner: Das Deutschlandprojekt. Code Terminal – Die Potsdamer Konferenz der Alliierten vor 70 Jahren. In: neues deutschland vom 1./2. August 2015.

¹⁰ Siehe Günter Benser: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46) (= Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Band 4), Berlin 2009, S. 66-68.

¹¹ Die offizielle Auflösung Preußens erfolgte erst mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947.

Berlin und zu in Berlin residierenden – und damit sowjetischen Einflüssen ausgesetzten – Parteizentralen.¹² Kurt Schumacher baute sein Parteibüro in Hannover bewusst als Gegenpol zu dem in Berlin angesiedelten Zentralausschuss der SPD aus. So entwickelte sich die Nachkriegssozialdemokratie früher als andere Parteien als eine zonal aufgesplante Partei.

Es bildeten sich separatistische und autonomistische Bewegungen, die sich aus der Konkursmasse des Dritten Reiches hinwegstehlen wollten und sich besonders in linksrheinischen Gebieten, in Südschleswig und anderen Regionen bemerkbar machten. Vertreter der Domowina forderten überaus weitgehende Autonomierechte der Sorben und erwogen einen Anschluss an die Tschechoslowakei. In Bayern wurden weitgehende separatistische Optionen verfochten. So vertrat der CSU-Funktionär Richard Jaeger eine „Säuberung [...] des Volksganzen von allen fremden Elementen“. Nur der Bayer habe „ein Recht, *dauernd* in Bayern zu leben, in Gemeinde und Staat das Wahlrecht auszuüben und dem Land als Beamter zu dienen.“¹³ Selbst bei Kommunisten soll es Erwägungen gegeben haben, ihre Organisation in Bayrische Kommunistische Volkspartei umzubenennen.¹⁴

Dominant wurden allerdings die Abgrenzung von der sowjetisch besetzten Zone und die Orientierung auf eine Bündelung der westdeutschen Länder. Am frühesten und entschiedensten wurde diese Position von Konrad Adenauer vertreten, der den von Russland besetzten Teil Deutschlands „für eine nicht zu schätzende Zeit für verloren“ hielt. Er lancierte durch den Schweizer Generalkonsul Franz-Rudolph von Weiss schon im September 1945 ein entsprechendes Memorandum nach Paris.¹⁵ In einem am 5. Oktober 1945 in der englischen Zeitung „News Chronicle“ erschienenen Interview präziserte Adenauer seine Offerte dahingehend, dass es das Beste wäre, aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden und diesen so eng wie möglich mit der Wirtschaft Belgiens und Frankreichs zu verflechten.¹⁶

Wir haben es also mit einer diffusen Ausgangslage zu tun, in der der Erhalt des deutschen Einheitsstaates für maßgebende deutsche Politiker keine Selbstverständlichkeit war. So kam auch kein Mindestkonsens deutscher Politik zustande, mit dem alle Parteien – unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen – ungeachtet bestehender Gegensätze deutsche Interessen gegenüber den Siegermächten hätten vertreten können. Was wäre als Hauptpunkte eines solchen Konsenses denkbar gewesen?

1. Die deutsche Bevölkerung wird gemeinsam aus ihrer Not, aus den Gefährdungen durch Hunger, Seuchen, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, allgemeiner Verunsicherung und Demoralisierung herausgeführt.
2. Die Überreste des Faschismus und Militarismus werden gründlich beseitigt und die Fundamente einer neuen Demokratie gemeinsam gelegt.
3. Es werden Garantien geschaffen, damit nie mehr von deutschem Boden Krieg ausgehen kann.
4. Deutsche Belange werden gegenüber den Alliierten gemeinsam verfochten; insbesondere soll mit Blick auf einen künftigen Friedensvertrag für Einheit und gerechten Frieden eingetreten werden.

¹² Siehe Günter Benser: Berlin und die historische Chance des Jahres 1945. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1987/7.

¹³ Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.): Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung (=Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 48), Stuttgart 1984, S. 159.

¹⁴ Siehe Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band I: AUD bis FDP (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin Band 38), Opladen 1983, S. 396.

¹⁵ Hanns Jürgen Küsters/Hans Peter Mensing (Hrsg.): Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944-1945, München 1986, S.31, 206.

¹⁶ Siehe Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945 – 1953, Stuttgart 1965, S. 34/35.

Im Osten kam mit der Blockpolitik ein solcher Konsens zu einem gewissen Grade zustande, im Westen und zwischen den Zonen nicht.

So stieß die Einbeziehung deutscher Territorien, ihrer materiellen und menschlichen Ressourcen in die sich zunehmend befehdenden weltpolitischen Lager auf keinen parteiübergreifenden oder zumindest konzertierten Widerstand von deutscher Seite. Der Einschätzung von Wolfgang Benz, langjähriger Direktor des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, können wir uns im Wesentlichen anschließen: „Das Tempo des Auseinanderdriftens der Ostzone und der Westzonen bestimmten die Westmächte unter Führung der USA im Einklang mit der Bevölkerung ihrer Besatzungsgebiete. Aber die Anlässe boten die Politik der Sowjetunion und auch das Agieren Frankreichs. Den Kurs zur Gründung der Bonner Republik und deren Integration in das westliche System gaben die Vereinigten Staaten vor. Die Sowjetunion konnte nur reagieren...“¹⁷

Die Geschichte der deutschen Teilung kann und soll hier nicht behandelt werden. Erinnert sei nur an wesentliche Stationen dieses Prozesses und deren Auswirkungen auf die nationale Frage und die Beziehungen zwischen den Deutschen.

Ende 1947/Anfang 1948 waren die Weichen für eine westdeutsche Staatsgründung, die eine entsprechende Antwort im Osten herausforderte, definitiv gestellt. Im Herbst 1949 konstituierten sich die BRD und die DDR.

1954/1955 wurde die Spaltung durch die Pariser Verträge zementiert. Beide deutsche Staaten wurden Mitglieder einander konfrontativ gegenüberstehender Militärpakte, der NATO beziehungsweise des Warschauer Vertrages. Dies war verbunden mit der Verkündung staatlicher Souveränität. Das hob die Abhängigkeit von und die Bevormundung durch die jeweilige Führungsmacht – USA beziehungsweise UdSSR – nicht auf, wobei die DDR an der kürzeren Leine gehalten wurde. Während in der DDR der Grundsatz galt „Zwei Staaten – eine Nation“, erhob die BRD einen Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen und drohte allen Staaten, welche die DDR diplomatisch anerkannten mit Sanktionen und den Abbruch der Beziehungen (Hallstein-Doktrin).

Anfang der 70er Jahre kam es mit dem Vierseitigen Berlin-Abkommen und dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu vertraglichen Regelungen der deutsch-deutschen Beziehungen. Beide deutsche Staaten wurden Mitglied der UNO. Die BRD vermochte nicht auf Dauer an der Hallstein-Doktrin fest zu halten. Die DDR-Führung begegnete der Entspannung zwischen BRD und DDR mit einem Kurs der gesellschaftspolitischen Abgrenzung. Sie trennte sich von der in der Verfassung enthaltenen Definition der DDR als „sozialistischer deutscher Nation“ und sprach nun von einer sich herausbildenden „sozialistischen Nation“ in der DDR.

Die voranschreitende Spaltung Deutschlands und die getrennten, konfrontativen Wege der beiden deutschen Staaten lassen sich nur als Teil einer weltumspannenden Systemauseinandersetzung begreifen, deren Hauptakteure die UdSSR und die USA waren. Beide Führungsmächte hatten aus geostrategischen Gründen ihren deutschen Juniorpartnern eine herausgehobene Rolle zugemessen.

In diesem Systemwettbewerb verfochten beide deutsche Staaten miteinander unvereinbare Gesellschaftsentwürfe und setzten auf deren „Wirkung“, das heißt, dass sie längerfristig auf die nachhaltigeren Erfolgschancen und die größere Anziehungskraft ihres Konzeptes in Theorie und Praxis setzten. Diese Auseinandersetzung wurde auf jeglichen Feldern der Politik, der Ökonomie, der Ideologie und Kultur und von beiden Seiten mit lautereren und unlauteren Methoden ausgetragen.

Gegenüber standen sich vor allem

¹⁷ Wolfgang Benz: Wie es zu Deutschlands Teilung kam. Vom Zusammenbruch zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1945-1949, München 2018, S. 7.

- Die bundesdeutsche repräsentative Demokratie, in der Parteien um die Regierungsverantwortung konkurrierten und die Lobby der Konzerne und mächtigen Wirtschaftsverbände immer stärker an Einfluss gewann und das durch die politische Vormacht einer keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegenden Staatspartei gekennzeichnete politische Regime der DDR, indem allerdings im Rahmen gesellschaftlicher Organisationen, auf Basis der Betriebe und Wohngebiete den Werktätigen konkrete Einflussmöglichkeiten eingeräumt waren;
- Der zunächst sozialstaatlich etwas gezügelte, insgesamt aber kräftig expandierende westdeutsche Kapitalismus und die auf staatlich verwaltetes gesellschaftliches Eigentum beruhende geplante Ökonomie der DDR. Gekennzeichnet durch ein erhebliches Produktivitätsgefälle zu Ungunsten der DDR, das nicht zuletzt aus den schlechteren Startbedingungen, den weitaus höheren Wiedergutmachungsleistungen und vom Westen verhängter Embargos resultierte und die Entwicklung des Lebensstandards letztlich bestimmte.
- Daraus resultierende beziehungsweise damit verbundene Wertvorstellungen – im Westen mit dem Vorrang von Freiheit, genutzt nicht zuletzt als Freiraum für Individualismus. Im Osten mit dem Vorrang von Gleichheit und sozialer Durchmischung der Gesellschaft. Im Westen überwogen pluralistische Theorien und Ideologien, im Osten wurde der Marxismus-Leninismus zur unanfechtbaren Wahrheit erhoben.

Die hier nur grob angedeuteten Gesellschaftsentwürfe wurden auf beiden Seiten mehr oder weniger dogmatisiert und instrumentalisiert.

An den realen objektiven Chancen gemessen, handelte es sich indes um einen Handicap-Wettlauf der DDR. Sie war der kleinere, bevölkerungsschwächere, ressourcenärmere Teil Deutschlands. Sie trug mit Abstand die Hauptlast der Wiedergutmachungsleistungen und Besatzungskosten. Sie litt unter dem grausamen Erbe stalinistischer Deformationen und Repressionen. Und sie war mit zwei politischen Hypotheken konfrontiert, die ihre Wurzeln in Fehlentwicklungen der kommunistischen Bewegung hatten. Die im Osten eingeleitete gesellschaftspolitische Umwälzung vollzog sich im Wesentlichen als „Revolution von oben“, gesteuert von einer die absolute Führungsrolle beanspruchenden Partei, doch getragen von engagierten, von sozialistischen Idealen überzeugten Leuten. Diese sahen sich einer differenziert agierenden, sich von Fall zu Fall entscheidenden Bevölkerungsmehrheit wie auch direkten Feinden gegenübergestellt. Doch nicht ein „Niedergang auf Raten“, wie oft behauptet wird, sondern ein wellenförmiger Wechsel von Phasen zunehmender Stabilität und Zuversicht einerseits und Phasen der Destabilisierung und des Verlustes an Zustimmung kennzeichnet den Weg der DDR. Außenpolitisch wurde die DDR gehemmt durch eingeschränkte Souveränität und die Abhängigkeit von der Supermacht UdSSR, die allerdings in der Realität zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche und durchaus nicht durchweg negative Wirkungen zeitigte.

Der hier angedeuteten Kalamitäten war sich ein Politiker wie Walter Ulbricht durchaus bewusst. Er kompensierte demokratische Defizite der DDR mit dem Griff in die Geschichte. Nicht mit formaldemokratischen Argumenten erklärte er die DDR zum „rechtmäßigen deutschen Staat“, sondern indem er der aggressiv-kriegerischen und antidemokratisch-ausbeuterischen, in die Katastrophen zweier Weltkriege führenden Politik der herrschenden Klassen Deutschland eine zur DDR hinführende Linie des Kampfes um eine antikapitalistische, antifaschistische Friedenspolitik gegenüberstellte.¹⁸

Es gab durchaus nachvollziehbare Gründe, sich dem von Konrad Adenauer eingeschlagenen Weg der Restauration monopolkapitalistischer Verhältnisse, der separaten Staatsgründung, der Westintegration, der Politik der Stärke gestützt auf Wiederaufrüstung und NATO-Beitritt zu widersetzen. Gleichwohl war dies ein Wagnis, das nur in Anlehnung an die UdSSR und im Rahmen des von ihr geführten Weltlagers Erfolg haben konnte. Dabei gab es durchaus historische Prozesse, aus denen sich Zuversicht schöpfen ließ. Bis ins bürgerliche Lager hinein, hatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Auffassung um sich gegriffen, dass zwischen

¹⁸ Siehe Günter Benser: Ulbricht vs. Adenauer. Zwei deutsche Staatsmänner im Vergleich, Berlin 2015, S.59-61.

Faschismus und monopolkapitalistischen Strukturen und Interessen ein Zusammenhang besteht, der Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse erfordert. Die UdSSR stand 1945 angesichts ihrer Leistungen und der von ihr erbrachten Opfer bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus auf dem Höhepunkt ihres internationalen Ansehens. Die kommunistische Bewegung hatte in zahlreichen kapitalistischen Ländern eine nie wieder erreichte Stärke gewonnen und war in die Regierungen wichtiger Staaten gelangt. In Osteuropa, im Fernen Osten und später auch in Kuba entstanden staatssozialistische Macht- und Produktionsverhältnisse. Das Kolonialzeitalter ging zu Ende und mehrere ihre Unabhängigkeit gewinnende Staaten Afrikas versuchten, einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg einzuschlagen. In der Kosmosforschung gerieten die USA gegenüber der Sowjetunion in Rückstand. Die auf Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien verkündete Definition der Epoche als „Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ stützte sich auf solche Tatsachen, wenngleich sie die gegenläufigen Entwicklungstendenzen, die Mobilisierung der Gegenkräfte, vor allem deren Überlegenheit bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Anziehungskraft des „american way of life“ unterschätzte.

Die DDR rechnete überdies mit einem Zugewinn an Handlungsfreiheit, mit der Aussicht, in absehbarer Zeit als Deutsche zunehmend wieder Herr im eigenen Hause zu werden. Sie setzte übertriebene Erwartungen in die zunehmende Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln und auf die Herausbildung eines neuen Eigentümerbewusstseins und eines neuen Charakters der Arbeit.

Insgesamt hatte die DDR keinen schlechten Start. Sie regelte mit einem umfassenden Gesetzeswerk – dem Gesetz der Arbeit, dem Landarbeiterschutzgesetz, dem Gesetz über Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau, dem Jugendförderungsgesetz, dem Gesetz über den Fünfjahrplan und den von den Landtagen in Sachsen in Brandenburg erlassenen Gesetzen über die Gleichberechtigung der Sorben – zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Leben. Sie ergriff Initiativen zur Lösung der deutschen Frage und anerkannte mit dem sogenannten Görlitzer Abkommen die Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze.

Es war vor allem die Eskalation des Kalten Krieges, der in Korea in den heißen Krieg umschlug, der die DDR von diesem Weg abdrängte, ihr Rüstungslasten und eine forcierte Entwicklung der Schwerindustrie aufzwang, die ohne schwerwiegende Abstriche an der Sozialpolitik nicht zu schultern waren. Diese Veränderungen der Handlungsspielräume und eine forcierte Transformationsstrategie, verbunden mit einer repressiven und doktrinären Machtpolitik führten in jene krisenhafte Situation, die sich am 17. Juni 1953 entlud. Das machte einen „neuen Kurs“ unausweichlich.

Auch die BRD sah sich angesichts ihrer Wiederaufrüstung einem starken Gegendruck ausgesetzt, dem sie jedoch mit einem besseren Krisenmanagement, gestützt auf den einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung, zu begegnen vermochte. Nicht unbegründet beruft sich die BRD auf die ihren Bürgern gewährten individuellen Freiheiten und auf den der DDR überlegenen materiellen Wohlstand.

Es lassen sich jedoch nicht wenige Bereiche anführen, in denen sich die DDR als das bessere Deutschland erwies.

Hier erfolgte die Abrechnung mit dem Faschismus weitaus gründlicher als in der BRD. Das veranlasste den westdeutschen Historiker Christoph Kleßmann zu dem Urteil: „In der Grundkonzeption war die sowjetische Form der Entnazifizierung in der Verbindung von schnellen und einschneidenden Struktureingriffen mit umfassender, aber gezielter personeller Säuberung und frühzeitiger Reintegration der Mitläufer ohne Zweifel das konsequenteste und effektivste System aller Besatzungszonen.“¹⁹

Das hebt nicht auf, dass nazistische, rassistische, antisemitische Auffassungen und Verhaltensweisen in Teilen der Bevölkerung fortwirkten. Aber niemals – weder in der DDR, noch in der BRD – konnten rechtsextremistische, rassistische, neofaschistische Kräfte so offen, so

¹⁹ Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1982, S. 84.

provokativ und aggressiv in Erscheinung treten, wie das im neuvereinten Deutschland der Fall ist. Und wenn dem so ist, muss das wohl etwas mit dem Vollzug des Anschlussprozesses und den in der erweiterten Bundesrepublik vorgenommenen strukturellen und gesellschaftspolitischen Veränderungen zu tun haben.

Auf wichtigen Feldern emanzipatorischen Fortschrittes war die DDR der BRD zeitlich und meist auch in der konsequenten Umsetzung deutlich voraus.²⁰ Das gilt zum Beispiel für die Einführung der Volljährigkeit mit 18 Jahren, die Gleichstellung unehelicher Kinder, das Verbot der Prügelstrafe in den Schulen, die flächendeckende Kinderbetreuung in Krippen, Kindergärten und Schulhorten, die Brechung des Bildungsprivilegs der Wohlhabenden und die Einführung der Ganztagschule. Die DDR ging voran bei der rechtlichen Gleichstellung beider Ehepartner und der Erleichterung von Ehescheidungen unter Aufhebung des Verschuldungsprinzips, bei der Milderung und schließlich Aufhebung des Paragraphen 218, der den Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellte. Gleiches galt für den Paragraphen 175, der Homosexualität unter Strafe stellte. Im Unterschied zur BRD existierte in der DDR eine den Gewerkschaften unterstellte allgemeine Sozialversicherung, eine gesicherte Gesundheitsbetreuung mit multidisziplinären Polikliniken und kostenloser Abgabe der Verhütungspille, mit regelmäßigen prophylaktischen TBC-Untersuchungen und einem Krebsregister. Die DDR hatte das effektive Recyclingsystems „SERO“ eingeführt und eher als die BRD ein Ministerium für Umweltschutz gebildet. Im ostdeutschen Staat gab es zuerst eine Ministerin, eine Hochschulrektorin, eine TV-Nachrichtensprecherin, eine TV-Kriminalkommissarin. Nicht im Rechtsstaat Bundesrepublik, sondern im „Unrechtsstaat“ DDR konnte sich jeder Werktätige auf seine im Arbeitsgesetzbuch verständlich gefassten Rechte berufen, jeder Bürger und jede Bürgerin sich auch ohne hohe Anwaltskosten auf die Regelungen des Zivilgesetzbuches und des Familienrechtes stützen. Das gravierendste Beispiel eines Vorangehens der BRD ist die Abschaffung der Todesstrafe, die in der BRD mit Einführung des Grundgesetzes erfolgte. In der DDR wurde die Todesstrafe, die allerdings seit 1970 kaum noch verhängt und vollstreckt wurde, erst 1987 aufgehoben

Aussagekräftig ist auch ein Vergleich der Kulturlandschaft: „1988 gab es in der DDR 68 selbständige Theater, die etwa zweihundert Spielstätten zur Verfügung hatten. Die dreimal größere Bundesrepublik besaß auch nur 120 Theater. Und in keinem anderen Land gab es mehr Orchester – bezogen auf die Anzahl der Einwohner oder Fläche – als in der DDR. So hatte diese im Vergleich zur Bundesrepublik eine dreimal dichtere Versorgung pro Einwohner, im Vergleich zu den USA eine 7,5-mal dichtere, und im Vergleich mit Großbritannien eine fast 30-mal dichtere Versorgung je Einwohner mit Orchestern.“²¹

Insofern zeugt es von einer massiven Portion Ignoranz oder zumindest Unkenntnis, wenn Leute, die sich solcher Vorzüge der DDR erinnern, pauschal als Nostalgiker abgestempelt werden.

Wie auch immer – die Gründungserwartungen der DDR sind nicht oder nur ansatzweise eingetreten. Warum dies so war, ist eine Frage, die uns noch lange beschäftigen wird.

Wir begegnen oft Diskussionen, ob die DDR an ihrem Rückstand in der Arbeitsproduktivität und damit an ihrer ökonomischen Unterlegenheit oder an ihren repressiven Strukturen und Demokratiedefiziten gescheitert sei. Ob sie einem übermächtigen äußeren Feind erlegen ist oder ob sie das eigene Potential nicht hinreichend genutzt und eine wachsende Kluft zwischen Führung und Bevölkerung, zwischen Parteiapparat und Mitgliedschaft zugelassen wurde.

Zum Entweder-Oder hochstilisiert, wird sich auf diese Fragen keine befriedigende Antwort finden lassen. Denn es musste sehr viel zusammenkommen, damit ein von der Elbe bis zum Stillen

²⁰ Diese Fakten wurden vor allem von Siegfried Prokop und Arno Gräf zusammengetragen.

²¹ Gerd Dietrich: Kulturgeschichte der DDR, Band I: Kultur in der Übergangsgesellschaft 1945-1958, Göttingen 2018, S. XI.

Ozean reichendes sozialistisches Weltsystem mit einem Ableger in der Karibik und Ansätzen in Afrika entstand. Und es musste sehr viel an inneren und äußeren Geschehnissen zusammenkommen, um dieses System zum Einsturz und Verschwinden zu bringen. Welche Gewichtung dabei einzelnen Aspekten zukommt, wird wohl dauerhafter Diskussionsstoff bleiben.

Was uns vor allem interessieren sollte, ist die Frage, was die vermeidbaren Ursachen waren, worin die nicht behobenen Schwierigkeiten bestanden, die zum Kollaps des Realsozialismus geführt haben. Denn hier gilt es vor allem anzusetzen, um künftig erfolgversprechendere Wege zu finden. Wenngleich hier vor allem das Hauptland des internationalen Sozialismus, die UdSSR, ins Visier zu nehmen ist, sind alle Staaten des sozialistischen Lagers betroffen. Sehen wir einmal davon ab, welche Lasten dem sozialistischen Experiment auch in der DDR durch die Stalinära, deren Fehlentwicklungen, strukturellen Irrwege und Verbrechen auferlegt waren, (was nur als Gedankenspiel möglich ist), so stoßen wir auf die ungelösten Probleme der DDR, die in die Sackgasse führten.

In der Ökonomie hat sich gezeigt

- Es ist nicht gelungen, eine der kapitalistischen Konkurrenz und Profitsucht überlegene oder ebenbürtige Triebkraft der Wirtschaftsentwicklung entgegenzusetzen beziehungsweise einen Entwicklungsweg einzuschlagen, der auf anderen Pfaden eine überlegene Lebensweise hervorbringt.
- Es konnten in der volkseigenen Wirtschaft keine das Eigentümerbewusstsein der Werktätigen voll zur Entfaltung bringenden Strukturen installiert werden.
- Die Wirtschaftsplanung war nicht nur durch den Mangel an materiellen und humanen Ressourcen beeinträchtigt, ihr fehlten auch eine für Bilanzierungen unerlässliche Datenverarbeitung, wie sie erst das Computerzeitalter hervorgebracht hat.
- Die in unterschiedlichem Grade in Erscheinung tretenden Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung erwiesen sich als ein wesentlicher Indikator für die Akzeptanz der Gesamtpolitik.

Dass die Anpassungs- und Reformfähigkeit des Kapitalismus lange Zeit sträflich unterschätzt wurde, hat diese Defizite noch potenziert.

In der Politik erwiesen sich die Demokratiedefizite und die Versuche, gesellschaftliche Widersprüche mit autoritären und repressiven Methoden zu lösen, als schwerwiegende Hemmnisse. Dies zeigte sich vor allem

- In der Begrenzung demokratischer Mitgestaltung auf die Durchführungsprozesse einer von der Führung vorgegebenen Generallinie, in einer Kaderpolitik, die einer demokratischen Auslese der Funktionäre für Spitzenpositionen in Partei und Staat entgegenstand.
- In einem verabsolutierten und formalisierten Führungsanspruch der marxistisch-leninistischen Partei, der Bündnispolitik auf Augenhöhe ausschloss. Er entsprang dem Festhalten an einem unter Ausnahmebedingungen durchgesetzten, auf Lenin zurückgehenden, unter Stalin pervertierten Parteimodell.
- In beschränkter staatlicher Souveränität unter andauernder, wenngleich abnehmender Bevormundung durch UdSSR und KPdSU.

Kultur und Wissenschaft wurden schwer belastet

- Durch eine strikte Verneinung pluralistischer Positionen und Lösungswege, durch Zensur, dogmatische Gängelei von Künstlern und Wissenschaftlern.

- Das führte zu argen, selbstverschuldeten Verlusten an kreativen Persönlichkeiten, die zu Feinden des Sozialismus erklärt wurden, obwohl sie nur gegen eine ihrer Meinung nach verfehlte Politik opponierten oder Distanz übten.

Manches hier Angeführte lässt sich mit dem gewagten Vorstoß in gesellschaftspolitisches Neuland erklären. Vieles stellte jedoch auch einen Bruch mit guten Traditionen und positiven Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung dar.

Seine ungelösten Probleme hat auch der Kapitalismus des Westens, und diese sind in ihren globalen Dimensionen noch dramatischer: Klimawandel, Verwicklung in kriegerische Konflikte auf fast allen Kontinenten, Fluchtbewegungen nie bekannten Ausmaßes, eine sich immer weiter öffnete Schere zwischen arm und reich, Auseinanderdriften der Europäischen Union und zerfallende Gemeinsamkeiten in internationalen Organisationen und Pakten, Handelskrieg, sinkende Akzeptanz des Establishments und der parlamentarischen Demokratie, Vormarsch rassistischer, chauvinistischer, neofaschistischer Bewegungen. Wie der kapitalistische Westen aus seiner Sackgasse herausfinden könnte, ist derzeit nicht zu erkennen.

Eine in die Tiefe gehende Analyse der beiden deutschen Entwicklungswege der Nachkriegsperiode hat beim Vollzug der deutschen Neuvereinigung keine Rolle gespielt.

Kohl lobte die friedliche Revolution, vermied aber die Frage, ob diese auch der westdeutschen Bundesrepublik etwas zu sagen habe. Tonangebend waren Siegermentalität und Expansion des bundesdeutschen Kapitals. „Bereichert Euch!“ wurde zum Handlungsmotiv vieler Vereinigungsgewinner.

Wenn die Bundestagsmehrheit von 1992 ein Verständnis für das historische Wesen dessen gehabt hätte, was sie „deutsche Wiedervereinigung“ nannte, wenn es um Aufklärung und Aussöhnung gegangen wäre, dann hätte sie eine Enquetekommission „Deutschland im kalten Krieg und dessen Folgen“ gebildet. So aber musste es eine einseitige Abrechnung sein: „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“.

Dabei waren doch einer autonomen souveränen Politik auf beiden Seiten Grenzen gesetzt. Im „Spiegel“ wurde dereinst ein aufschlussreicher Vergleich gezogen. Dort war zu lesen: „Vergleicht man die deutschen Republikgründer Ebert, Ulbricht, Adenauer, so ist nicht einzusehen, warum der eine erfolgreicher als die anderen war. Aus eigener Kraft ist keiner zu seinem Staat gekommen. Alle drei galten ihren Helfern als Verwalter. Ebert der Reichswehr, Ulbricht den Sowjets, Adenauer den Alliierten dieser Seite.“²²

Die deutsche Teilung hatte sich verfestigt, doch die internationale politische Szene konnte recht gut mit der Existenz von zwei deutschen Staaten leben. Das bestätigte sich dann auch in der anfangs ziemlich reservierten Haltung Großbritanniens, Frankreichs und anderer Staaten gegenüber der forcierten Anschlusspolitik Helmut Kohls. Auch für den Bundeskanzler selbst war die Herbeiführung der deutschen Einheit keine Aufgabe des Tages, sondern eine Hoffnung auf weite Sicht. Als 1989 die Ausstellung „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ eröffnet wurde, verfasste er das Vorwort zum Katalog. Hier konstatierte er „vierzig Jahre vergeblicher Anstrengungen, die Einheit wieder herzustellen“. Und er sah eine Lösung der deutschen Frage nur im Rahmen einer „europäischen Perspektive“.²³

Der Rest ist Vielen noch in frischer Erinnerung und wird uns häufig in den Medien vorgeführt. Was dabei meist unterschlagen bleibt, ist die Tatsache, dass es keinen friedlichen Umbruch gegeben hätte, ohne das besonnene Handeln nicht weniger Partei- und Staatsfunktionäre der DDR.²⁴ Doch schon bald trat im revolutionären Erneuerungsprozess, der auf eine demokratisch

²² Der meistgehasste, meist unterschätzte Mann. Walter Ulbricht – was dem DDR-Gründer gelang, wo der Staatsratsvorsitzende scheiterte. In: Der Spiegel 20/1971.

²³ Vierzig Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Ausstellung des Bundesarchivs im Auftrag der Bundesregierung. Katalog bearbeitet von Anselm Doering-Manteuffel und Friedrich P. Kahlenberg, Koblenz 1989, S. V/VI.

²⁴ Siehe Michael Bartsch: Gewaltfreiheit war wichtiger als die Macht. Ohne das Einlenken von SED-

und ökologisch reformierte sozialistische DDR abzielte – nicht ohne die Einflussnahme Bonns – anstelle der Devise „Wir sind das Volk“ die Losung „Wir sind ein Volk“. So wurde der Weg für den überstürzten Anschluss der wieder gebildeten ostdeutschen Länder an die BRD gemäß 146 des Grundgesetzes geebnet.

Daniela Dahn hat bilanziert, was von den Wendezeitforderungen der DDR-Bürgerbewegung im vereinten Deutschland realisiert worden ist. Das Ergebnis fällt sehr ernüchternd aus. Den erfüllten individuellen Freiheitsansprüchen und Konsumbedürfnissen stehen die Leerstellen in nahezu allen grundlegenden gesellschaftspolitischen Anliegen gegenüber.²⁵ Davon war in den massenhaft kolportierten Erinnerungen an den Mauerfall kaum etwas zu hören.

Offenkundig haben sich die negativen Seiten des Anschlussprozesses, die vertanen Chancen und die Langzeitfolgen der Einverleibung der DDR als dauerhafte Erscheinung erwiesen. So greift die Einsicht um sich, dass der Umgang mit den Ostdeutschen auf Gesamtdeutschland zurückschlägt und die für unantastbar und stabil gehaltene parlamentarische Demokratie durcheinanderbringt, vor allem weil sich rechtsextremistische Kräfte dieses Politikums bemächtigt haben. Noch hat niemand ein überzeugendes Konzept, wie dem zu begegnen ist. Es wird sich auch schwerlich finden lassen, solange die anmaßende Gleichsetzung von deutsch und bundesdeutsch praktiziert und den einseitigen Geschichtserzählungen kein differenzierter Umgang mit „Zwei deutschen Staaten im 20. Jahrhundert“ entgegengesetzt wird.

Funktionären wäre der Herbst 1989 möglicherweise nicht so friedlich verlaufen. In: neues deutschland vom 9. Oktober 2019.

²⁵ Daniela Dahn: Der Anspruch des Unerfüllten. Was aus den Forderungen der Zivilgesellschaft von 1989 geworden ist. In: neues deutschland vom 5/6. Oktober 2019.

Veranstaltungen des Arbeitskreises, September – Ende 2019

Donnerstag, 14. November 1989 – Niedergang und Lehren
Einführung: Dr. Hans Modrow

Die Veranstaltungen beginnen um **15.00 Uhr**. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M4; 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin

Tel. 030-65 970 79

Prof. Dr. sc Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin,

Tel. 030- 98 665 74